



An den Grossen Rat

25.5154.02

JSD/P255154

Basel, 18. Juni 2025

Regierungsratsbeschluss vom 17. Juni 2025

Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz zur Krisenbewältigung, das Etablieren einer Resilienzkultur

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Johannes Sieber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Gesellschaftliche Resilienz befähigt Menschen, Krisen nicht nur zu bewältigen, sondern auch daraus zu lernen. Ob Stromausfälle, Überschwemmungen oder Pandemien die Vielfalt an Krisenszenarien ist gross. Wie der Regierungsrat im Zwischenbericht zur Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend Erkenntnisse aus der Corona-Krise und ihrer Bewältigung (20.5175.03) feststellte, muss der Kanton seine Resilienz weiter stärken. Ein zentraler Aspekt dabei ist die gesellschaftliche Resilienz, die sowohl staatliches Handeln als auch das individuelle Verhalten der Bevölkerung umfasst.

Die gesellschaftliche Resilienz ist also ein Schlüssel für ein erfolgreiches Krisenmanagement des Kantons. Doch wie können die Fähigkeiten der Bevölkerung zur gemeinsamen Bewältigung konkret gestärkt werden?

In Zusammenarbeit mit der Stiftung Risiko-Dialog untersucht das Sicherheitsdepartement der Stadt Zürich, wie gezielte Fördermassnahmen entwickelt werden können. Das Pilotprojekt analysiert den Bedarf und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung. In einem weiteren Schritt werden Rahmenbedingungen für Massnahmen geschaffen, die staatliches Handeln mit zivilgesellschaftlichen Initiativen vernetzen und sichtbarer machen. Ziel ist es, eine Resilienzkultur zu etablieren, in der sich Menschen aktiv gegenseitig unterstützen ein entscheidender Baustein für eine erfolgreiche Krisenbewältigung.

In der Stadt Zürich sollen die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt in eine Gesamtstrategie für die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz überführt werden. Dem Unterzeichnenden erscheint diese Bestrebung als sehr sinnvoll.

Vor diesem Hintergrund bittet der Unterzeichnende den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwiefern werden in Basel-Stadt ähnliche Ansätze zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz verfolgt oder sind geplant?
2. Gibt es bestehende oder geplante Initiativen, um die Bevölkerung aktiv in die Stärkung der Resilienz einzubinden?
3. Welche konkreten Massnahmen werden zur Vernetzung und Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen oder Nachbarschaftshilfen zur Krisenbewältigung getroffen?
4. Gibt es Überlegungen, eine umfassende Strategie für die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz zu entwickeln, vergleichbar mit den Bestrebungen in Zürich?

Johannes Sieber»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Einleitend

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung, dass gesellschaftliche Resilienz – im Sinne der Befähigung und Einbindung der Bevölkerung – ein zentraler Faktor für die Krisenfestigkeit und nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Stadt ist. Gesellschaftliche Resilienz befähigt die Bevölkerung nicht nur dazu, Krisen und Notlagen zu widerstehen und zu bewältigen. Eine resiliente Gesellschaft ist fähig vorauszuschauen, vorzusorgen, zu lernen und sich an verändernde Situationen anzupassen.

Wie im Zwischenbericht zur Motion Patricia von Falkenstein und Konsorten betreffend «Erkenntnisse aus der Corona-Krise und ihrer Bewältigung» (20.5175.03) dargelegt, ist die Stärkung der Resilienz – sowohl auf staatlicher als auch auf individueller Ebene – eine zentrale Aufgabe zur Optimierung des kantonalen Krisenmanagements. Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat die Geschäftsstelle der Kantonalen Krisenorganisation mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Steigerung der Resilienz beauftragt. Der Fokus liegt auf der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen mehrerer strategischer Initiativen, namentlich im Rahmen der Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen, des Aufbaus einer kantonalen wirtschaftlichen Landesversorgung sowie der Einführung eines Kontinuitätsmanagements (BCM) in der kantonalen Verwaltung.

Die gesellschaftliche Resilienz ist hingegen nicht Teil des genannten Resilienzberichts. Auch liegt im Kanton Basel-Stadt bislang kein übergeordneter, koordinierter Ansatz zur Förderung gesellschaftlicher Resilienz vor. Die im Rahmen des vorgenannten Berichts gewonnenen Erkenntnisse können jedoch wertvolle Impulse liefern, um in einem zweiten Schritt bestehende Aktivitäten weiterzuentwickeln oder neue Massnahmen zu prüfen, die gezielt auf die Stärkung von Vernetzung, Eigenverantwortung und Engagement der Bevölkerung in Krisensituationen ausgerichtet sind.

2. Zu den einzelnen Fragen

- 1. Inwiefern werden in Basel-Stadt ähnliche Ansätze zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz verfolgt oder sind geplant?*

Der Kanton Basel-Stadt setzt sich in verschiedenen Bereichen für die Förderung gesellschaftlicher Resilienz im Kontext von Krisen und Notlagen ein. Dabei stehen aktuell vor allem gesundheitsbezogene, strukturelle sowie informationsbezogene Aspekte im Vordergrund.

Das Gesundheitsdepartement (GD) etwa bietet im Rahmen der Gesundheitsförderung verschiedene Programme sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Steigerung der individuellen Resilienz an. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der psychischen Gesundheit in verschiedenen Lebenslagen. So richtet sich beispielsweise das Weiterbildungsangebot «Resilienz in der frühen Kindheit» an Erziehungspersonen in Kindergärten, Kitas, Tageseinrichtungen, Spielgruppen oder anderen Betreuungseinrichtungen und vermittelt Strategien zur Förderung der persönlichen Resilienz im Kindesalter.

Ein weiteres Projekt zur Steigerung der gesellschaftlichen Resilienz ist die Einrichtung von Notfalltreffpunkten auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt unter Leitung der Geschäftsstelle der Kantonalen Krisenorganisation. Diese werden bis Herbst 2025 betriebsbereit sein und stellen insbesondere im Falle eines Ausfalls von Informations- und Kommunikationssystemen eine unterbruchfreie Verbindung zu Notruf- und Einsatzzentralen sicher. Begleitet wird die Einführung von einer umfassenden Informationskampagne, die neben einer Instruktion der Notfalltreffpunkte auch Informationen zur individuellen oder kollektiven Vorsorge bietet.

Mit der geplanten Einrichtung eines Erdbebensimulators im Neubau des Naturhistorischen Museums wird der Kanton Basel-Stadt zudem die Möglichkeit haben, das Thema Katastrophenvorsorge in Bezug auf Erdbeben auf eine attraktive und niederschwellige Weise zu vermitteln und somit zur Etablierung einer Resilienzkultur beizutragen. Die Inbetriebnahme ist für Oktober 2029 geplant.

2. *Gibt es bestehende oder geplante Initiativen, um die Bevölkerung aktiv in die Stärkung der Resilienz einzubinden?*

Der geplante Erdbebensimulator stellt ein zentrales Instrument dar, um die Bevölkerung aktiv mit einzubeziehen. Als einzigartiges Vermittlungsformat können unterschiedliche Erdbeben, deren Hintergründe und Zusammenhänge dargestellt und hautnah erlebt werden. Eine erlebnisbasierte, interaktive und gemeinschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema steht dabei im Zentrum. Der Erdbebensimulator soll Dialog und Austausch über Gefahren und Risiken in der Bevölkerung fördern.

Der verstärkte Einbezug der Bevölkerung in die Krisenvorsorge ist zudem im Rahmen der Revision des kantonalen Pandemieplans vorgesehen. So sollen gezielt Stakeholder aus verschiedenen Interessensgruppen und auch aus der Allgemeinbevölkerung miteinbezogen werden, um deren Bedürfnisse abzuholen und die Interessen in der kantonalen Krisenvorbereitung besser abbilden zu können. Im Bereich des Gesundheitssektors wurde zur Förderung des Austausches und der Vernetzung von den Medizinischen Diensten des GD unter der Leitung der Abteilung Übertragbare Krankheiten ein regelmässiger Austausch «Netzwerktreffen Übertragbare Krankheiten» initialisiert. Solche Strukturen fördern den Austausch der kantonalen Verwaltung mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren im Gesundheitsbereich und sollen im Rahmen der Revision des kantonalen Pandemieplans weiter ausgebaut werden.

3. *Welche konkreten Massnahmen werden zur Vernetzung und Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen oder Nachbarschaftshilfen zur Krisenbewältigung getroffen?*

Ein zentrales Vorhaben ist der Aufbau einer kantonalen Informationsplattform, die im Rahmen der Revision des kantonalen Pandemieplans und der Weiterentwicklung der Kantonalen Krisenorganisation entsteht. Diese Plattform soll der Bevölkerung niederschwellige Informationen und Handlungsempfehlungen zur Vorbereitung auf Notlagen, Krisen und Katastrophen bereitstellen und somit auch bestehende Selbsthilfeinitiativen stärken und vernetzen.

So bestehen im Kanton Basel-Stadt verschiedene Strukturen zur Förderung der Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe, wie beispielsweise die GGG Benevol Basel, Quartiertreffpunkte sowie städtische Förderprogramme für nachbarschaftliches oder ehrenamtliches Engagement. Der gezielte Einbezug der Stadtsekretariate und Quartiertreffpunkte könnte künftig ein ergänzender Ansatz zu konkreten Massnahmen zur Steigerung der gesellschaftlichen Resilienz gegenüber Krisen und Notlagen darstellen.

4. *Gibt es Überlegungen, eine umfassende Strategie für die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz zu entwickeln, vergleichbar mit den Bestrebungen in Zürich?*

«Bottom-up»-Initiativen, wie sie im Pilotprojekt der Stadt Zürich gefördert werden, beruhen auf dem freiwilligen Engagement, der Eigenverantwortung und der Vernetzung von Bürgerinnen und Bürgern. Staatliche Massnahmen können hierfür in erster Linie unterstützende Rahmenbedingungen schaffen und Impulse setzen, nicht jedoch eigenständiges zivilgesellschaftliches Engagement ersetzen. Vorhandene Initiativen können aber durch langfristig ausgerichtete Fördermassnahmen unterstützt werden.

Eine umfassende Strategie für die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz ist derzeit nicht in Planung. Der Regierungsrat verfolgt vergleichbare Projekte in anderen Städten jedoch aufmerksam und wird

deren Erkenntnisse in die eigenen Überlegungen einbeziehen. Ziel ist es, die Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt als widerstandsfähige, solidarische und lernfähige Gesellschaft im Umgang mit Krisen nachhaltig zu stärken.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin